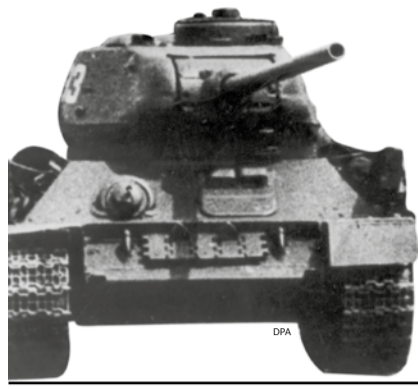


Im Jahr 1953 fuhren sowjetische Panzer in Ost-Berlin. Das hätte beinahe einen neuen Krieg provoziert.

Seiten 8,9

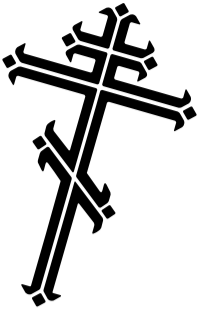


DIALOG

HERAUSGEBER: JOHANN MICHAEL MÖLLER UND WITALI NIKITITSCH IGNATENKO

Karl Schlögel erzählt in seinem monumentalen Werk die große Geschichte des russischen Berlin.

Seite 16



MAI 2019

ISSN: 2566-8668

Typisch europäisch

In der Hitze des Wahlkampfes zum Europäischen Parlament haben sich in diesen Wochen die grobkörniger argumentierenden Parteien aller Populisten-Länder wieder auf die Idee Europa eingeschossen. Der Europarat mit seinen 47 Mitgliedstaaten ist kein Teil der Europäischen Union, hat aber in diesen Tagen gezeigt, wie die Kompromissfindungsmaschinerie Europa funktionieren kann. Der Ausschluss Russlands aus dem Gremium ist erst einmal abgewendet.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hatte Russland nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014 das Stimmrecht entzogen. Russische Vertreter nahmen seitdem

Lutz Lichtenberger,
Redakteur



nicht mehr an den Sitzungen teil, Moskau stellte 2017 die Zahlungen an den Europarat ein. Aber die älteste europäische Nachkriegsorganisation steht ebenso für die weniger pathetische als vielmehr praktische und erfahrungssatte Überzeugung, dass es eines den Kontinent umspannenden, nicht endenden Dialogs bedarf.

Dankenswerterweise gelang dem Ministerkomitee unter finnischer Präsidentschaft Mitte Mai, ein neues Verfahren für Fälle zu entwickeln, in denen ein Mitgliedsstaat „seine Verpflichtungen aus den Statuten verletzt oder die Standards und fundamentalen Prinzipien und Werte verletzt, die der Europarat für sich in Anspruch nimmt“. Die spezifischen Mechanismen für künftige Sanktionen werden in den entsprechenden Gremien ausgehandelt, typisch europäisch.

Die Außenminister einigten sich in Helsinki aber mit Blick auf Moskau auch darauf, in Russland unter staatlichem Druck stehende Nichtregierungsorganisationen in Zukunft stärker in die Arbeit des Rats einzubeziehen. Der Rat soll sich außerdem entschiedener für die Zivilgesellschaft einsetzen, sowie Menschenrechtsaktivisten in den Mitgliedsländern schützen und unterstützen.

Vielleicht reicht das noch nicht aus. Aber die andere Seite der klassisch europäischen Methode des geschäftigen Weiterwursteln ist die oft unterschätzte *soft power* der Idee Europa: Wir bleiben im Gespräch, wir suchen immer weiter nach Annäherung.

#09

ANSPRUCHSHALTUNG

Donald Trump verlangt zwei Prozent für die Nato, Deutschland zögert. Artem Sokolov hat dafür Verständnis.

Seite 5

ARMUTSZEUGNIS

Die Leipziger Ausbildungsstätte für Russisch-Dolmetscher steht auf der Kippe. Winfried Mahr durchleuchtet einen kurzfristigen Sparbeschluss.

Seite 11

HORIZONTERWEITERUNG

Der Schriftsteller Jewgeni Wodolaskin spricht über seine Studienjahre in Deutschland und das Fremde im Eigenen.

Seite 12



NEUE PER SPEK TIVEN

Freddie Röckenhaus feiert in seinem Film „Russland von oben“ die atemberaubende Schönheit des Landes (Seite 14). Nahaufnahmen aus Politik, Gesellschaft und Geschichte zeigen ein Bild des Landes auf allen Ebenen (Seiten 6, 7 und 13)

Geisel der Hoffnung

Wolodymyr Selenskyjs Sieg in der Ukraine ist eine Herausforderung nicht nur für ihn selbst und sein Land, sondern auch für Russland

VON VIKTOR LOSCHAK

Einer der Einfälle aus Petro Poroschenkos Wahlkampfteam waren massenhafte Anrufe bei ukrainischen Mobilfunkkunden: Die Stimme Poroschenkos rief sie in die Wahllokale und forderte sie auf, für die Zukunft der Ukraine zu stimmen. Zum Leidwesen des Verlierers verband die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler die Zukunft nicht mit seiner Person. Die Älteren, weil die sozialpolitischen Rezepte des IWF sie am schmerzlichsten trafen – die Kosten für Wohnraum und kommunale Leistungen allein übertrafen bei vielen die Renten. Die Jungen wiederum stimmten für Wolodymyr Selenskyj als Repräsentanten ihrer eigenen Generation, welche die UdSSR nicht mehr kennengelernt und westliche Werte angenommen hat.

Die Repräsentanten des Westens selbst wiederum haben sich, milde ausgedrückt, mit diesen Wahlen verrechnet. Angela Merkel, die Poroschenko offen unterstützte, hat Selenskyj nicht einmal empfangen, womit sie ihre Eier nicht nur in einen einzigen Korb legte, wie man in der Ukraine sagt, sondern gleich in einen Korb ohne Boden. Als die Kanzlerin sich ins Spiel brachte, war der Ausgang der Wahl fast schon klar. Auch Trumps Sonderbeauftragter Kurt Walker setzte sich für Poroschenko ein: „Er hat mehr als jeder andere in den letzten 20 Jahren für die Reformen in der Ukraine getan, und er leistet Putin Widerstand.“ Es half nichts.

Selenskyjs Alter-Ego im Fernsehen, der Präsident Holoborodko, ist zweifellos ehrlich. Folglich muss ja auch der Schauspieler selbst ehrlich sein. „Selenskyj hat das Image des Kämpfers gegen das System eins zu eins aus der Kunst ins Leben übertragen“, umschreibt ein Politologe dieses Phänomen ziemlich präzise.

Diese ganze Logik hat der 40-jährige Showman mit der schweren Last der Hoffnung seines Landes verklämmert. Er hat ja selbst praktisch ununterbrochen davor gewarnt: „Kam bin ich hier her geworden, habt ihr alle ein super Leben, klar ist das Populismus reinsten Wassers!“ Aber er hat es eben doch versprochen. Und das, was er nicht versprochen, haben die Wähler für ihn dazugedichtet.

Den Umfragen nach erwarten 39 Prozent der Wähler von Selenskyj eine Senkung der Tarife für die kommunalen Dienste, 36 Prozent die Abschaffung der Immunität der Abgeordneten, Richter und des Präsidenten, 32 Prozent neue Antikorruptionsermittlungen. Ohne dies hätte eine populistische Strategie bei der großen Masse der Bevölkerung keine Aussicht auf Erfolg gehabt. Allerdings muss man zugestehen, dass Selenskyj von dem Moment an, da er, für viele überraschend, seine Ambitionen in Form einer Neujahrsansprache des Präsidenten am 31. Dezember 2018 bekanntgab, einen Prozess rascher politischer Reifung durchlaufen hat.

Um sich bei den Wählern zu revanchieren, kündigte Selenskyjs Team

Allerdings muss man zugestehen, dass Selenskyj einen Prozess rascher politischer Reifung durchlaufen hat

schon die ersten Gesetze an, die das neue Staatsoberhaupt noch vor der Wahl des neuen Parlaments einbringen werde. Darüber hinaus erklärte der Leiter des Wahlkampfteams, Dmitrij Rasumkow, in dem alle schon den Chef der neuen Präsidentschaft sehen, ohne jede Panik: Wenn es mit diesen Abgeordneten nicht klappt, dann eben mit den nächsten.

Vor allem geht es um Gesetze über das Impeachment und die Regelung der Abberufung und Aufhebung der Immunität des Präsidenten, der Abgeordneten und der Richter. In dem regierenden „Block Pjotr Poroschenko“ nennt man diese Gesetze „poppig“, aber man weiß, dass sie unvermeidbar sind. In Selenskyjs erstem Gesetzespaket, schreibt die ukrainische Zeitung *Nowoje Wremja* (Neue Zeit), soll es offenbar ein Gesetz zur Migration geben, also zu alternativen Möglichkeiten der Streitschlichtung; des weiteren ein ökonomisches Paket mit Gesetzen über eine fünfprozentige Steueramnestie, die Besteuerung ausgeführten Kapitals, die Einrichtung einer Finanzermittlungsbehörde und vor allem ein Gesetz über die Einfüh-

rung eines Markts für Grund und Boden.

Eben dort kommt es zur ersten Schlacht. Seit vielen Jahren wettet die ukrainische Agrarlobby gegen alle Versuche, „die Heimat zu verscherbeln“, und konnte damit ein solches Gesetz bisher immer blockieren. Und jetzt ist es keinesfalls leichter geworden, dieses Gesetz zu verabschieden, denn wenn man die aktuelle Liste der „100 reichsten Personen der Ukraine“ betrachtet, wird man erstaunt feststellen, wie viele Millionäre es unter den Erzeugern und Verarbeitern landwirtschaftlicher Produkte gibt. Gerade der Agrarsektor entwickelte sich nach den Ereignissen im Donbass zum Motor der Realwirtschaft. Die Ukraine exportiert jährlich Lebensmittel im Wert von fast 18 Milliarden Dollar. Den Boden haben die großen landwirtschaftlichen Holdings unter sich aufgeteilt, und sie haben nicht die Absicht, ihre Position aufzugeben.

Aber weder die neuen Gesetze noch die bisher nur vereinzelt Äußerungen Selenskyjs erklären, wie er die Ukraine zu einem Land mit hohen Renten und Löhnen, hervorragenden Straßen und niedriger Korruption machen will. Denn nur in ein solches Land werden jene Ukrainer zurückkehren wollen, welche die Chance der offenen europäischen Grenzen so rasch ergriffen haben.

Über die Notwendigkeit, die Migrationsbewegung umzukehren, hat Selenskyj wiederholt gesprochen. Aber wenn die Arbeitsmigranten zurückkehren würden, bleibt fraglich, aus welchen Quellen das Land die 10 Milliarden Dollar kompensieren könnte, welche die Expats jedes Jahr an Devisen nach Hause überweisen. Allein 2018 war Polen mit 33,6 Prozent der größte Devisenlieferant der Ukraine, dahinter folgten mit großem Abstand Russland, die USA, Italien und Tschechien.

Die Hoffnungen, die auf Selenskyj gesetzt werden, decken sich nur schwerlich mit den Möglichkeiten, die der neue Präsident hat: Er soll den Krieg beenden, in dem in der Ukraine 10 000 Menschen schon allein ohne

Sand in der Röhre

Nord Stream 2 ist zum europäischen Politikum geworden

VON ERIC BONSE

Den Bau der deutsch-russischen Gaspipeline Nord Stream 2 hatten Berlin und Moskau stets als rein kommerzielles Projekt ohne Hintergedanken präsentiert. Im Europawahlkampf ist es endgültig zum Politikum geworden. Es geht um strategische Interessen, Marktanteile und die Macht in der EU. Polen und Baltien befürchten eine zunehmende Abhängigkeit von russischem Gas. Die Ukraine stemmt sich gegen das Projekt, weil sie ihre strategischen Interessen als Transitland für Gas gefährdet sieht. Auch die USA machen Druck – nicht zuletzt, um mehr Flüssiggas von amerikanischen Anbietern in den europäischen Markt zu pressen.

Im April wurde Nord Stream 2 sogar überraschend zu einem Thema im Europa-Wahlkampf. Der konservative deutsche Spitzenkandidat Manfred Weber (CSU) wandte sich in einem Interview mit der *Polska Times* gegen das Vorhaben. Einen Tag vor dem Start seiner Wahlkampagne in Athen griff Weber, der mit schlechten Werten in den Umfragen zu kämpfen hatte, die Argumente der Osteuropäer auf.

Die Pipeline liege „nicht im EU-Interesse“, erklärte der Mann, der Nachfolger von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker werden möchte. Sollte er an die Spitze der Brüsseler Behörde gewählt werden, so werde er alle möglichen Rechtsmittel gegen Nord Stream 2 einlegen. Damit setzte sich Weber von seiner eigentlich verbündeten Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ab, die den Bau der Pipeline unterstützt und unbeirrt vorantreibt.

Dies hat für Verwirrung gesorgt – nicht nur in Berlin, sondern auch in Brüssel. In der deutschen Hauptstadt stellte sich ein Teil der Regierungspartei CDU hinter Weber, während die Regierung weiter an Nord Stream 2 festhält. In der europäischen Kapitale hingegen wurde die Frage aufgeworfen, warum die EU nicht schon jetzt „alle möglichen Rechtsmittel“ nutzt, um das Projekt zu stoppen.

Kommissionspräsident Juncker hält sich ebenso bedeckt wie

der zuständige Energiekommissar Miguel Arias Cañete. Dabei bietet die erst im April verabschiedete europäische Gasrichtlinie im Prinzip durchaus eine Handhabe. Sie legt nunmehr fest, dass auch Gaspipelines aus Drittstaaten wie Nord Stream 2 dem EU-Recht unterliegen. Das heißt, dass Gasproduktion und Netzbetrieb getrennt werden müssen.

Der russische Zulieferer Gazprom wird damit in seinen Rechten beschnitten. Neben der Trennung von Produktion und Betrieb gilt künftig auch eine Transparenzpflicht bei der Preisgestaltung. Zudem muss die Pipeline auch von Dritten nutzbar sein. Allerdings geht der Eingriff aus Brüssel nicht so weit, wie sich dies viele Kritiker in Osteuropa oder im Europaparlament gewünscht hätten.

Für die Kontrolle der Regeln ist nämlich ausgerechnet jenes Land zuständig, in dem die Röhre auf EU-Gebiet stößt: Deutschland. Die EU-Kommission kommt erst bei Streitfällen zum Zug. Zudem sieht die Gasrichtlinie vor, dass Ausnahmen möglich sind – sowohl für bestehende als auch für neue Gasleitungen. Darauf beruft sich nun die Nord Stream 2 AG. Sie fordert eine Sonderregelung.

Nach Angaben der Betreibergesellschaft sind bisher gut 1000 der insgesamt 1230 Kilometer langen Leitung durch die Ostsee verlegt. Bereits Ende 2019 soll Gas durch die knapp zehn Milliarden Euro teure Röhre strömen. Sollte die EU-Kommission diesen Plan durchkreuzen und keine Ausnahme genehmigen, so will Nord Stream-Geschäftsführer Matthias Warnig vor Gericht ziehen.

Für die EU-Kommission ist es also gar nicht so leicht, das Projekt noch aufzuhalten. Sollte sie es versuchen, so droht ein jahrelanger Rechtsstreit. „Es kann nicht darum gehen, das Pipelineprojekt zu stoppen“, räumte der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) ein, der früher selbst für die Energiepolitik zuständig war. Allenfalls könne

Die russische Ausgabe des Petersburger Dialogs liegt der Tageszeitung *Kommersant* bei.

П Е Т Е Р Б У Р Г С К И Й
Д И А Л О Г

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

FORTSETZUNG AUF SEITE 10